

NACHGEFRAGT

»Dürfen nicht abhängig werden«

Von den sieben belgischen Atommeilern sollen laut Gesetz von 2003 die drei ältesten im Jahr 2015 abgeschaltet werden. Ein Ende 2009 geschlossener Deal zwischen dem belgischen Staat und dem Stromriesen Electrabel sieht aber eine Verlängerung

bis 2025 vor. Das Grenz-Echo fragte bei den Regionalabgeordneten **Edmund Stoffels (SP-PS)** und **Monika Dethier-Neumann (Ecolo)** sowie bei der Kammerabgeordneten **Katrin Jadin (PFF)** nach, wie sie zum Atomausstieg stehen.



Katrin Jadin (PFF-MR): »Sicherlich wäre ein Ausstieg ab 2015 die ideale Lösung. Man muss aber realistisch bleiben, denn Studien belegen: Wenn 2015 die ersten belgischen Atomkraftwerke abgeschaltet würden, hätten wir nicht die Möglichkeit, diese Energie zu ersetzen. Dazu müssten bis 2017 mehr als 17 Milliarden Euro in erneuerbare Energiequellen investiert werden. Bereits heute

muss Belgien ein Drittel seines Stroms importieren. Im Falle eines Ausstiegs ab 2015 würde dieser Anteil sicher steigen, was die Preise nach oben treiben würde. Der Leidtragende wäre dann mal wieder der Verbraucher. Wir sollten aber selbstverständlich den Ausstieg im Auge behalten.«

Monika Dethier-Neumann (Ecolo): »Die drei belgischen Atommeiler, die 2015 abgeschaltet werden sollen, produzieren jährlich 14 600 Gigawattstunden Strom. Nach unseren Berechnungen werden bis 2015 alternative Energiequellen im Umfang von jährlich über 25 000 Gigawattstunden entstehen. So lange man uns nicht das Gegenteil beweist, glauben wir deshalb nicht, dass der Atomausstieg ab 2015 zu Versorgungsengpässen führt. Ganz abgesehen davon schaffen die erneuerbaren Energien deutlich mehr Arbeitsplätze als die Atomkraft, und sie sorgen für eine dezentrale Energieproduktion. Wenn die erneuerbaren Energien jetzt ausgebremst werden, wird es schwer sein, sie später wieder anzukurbeln.«



Edmund Stoffels (SP-PS): »Ich stehe einer Verlängerung der Laufzeiten negativ gegenüber und bin seit jeher Verfechter eines schnellstmöglichen Ausstiegs. Denn zum einen hat noch kein Mensch eine Lösung für den radioaktiven Abfall gefunden, und zum anderen steigt mit den Laufzeiten das Risiko von Reaktorunfällen. Da Belgien aber nicht abhängig von Stromimporten werden darf, müssen wir auf alternative Energiequellen setzen und gleichzeitig den Stromverbrauch senken. Ich denke, dass Einsparungen von 30 bis 40 Prozent möglich sind. Entscheidend ist, dass die Versorgungssicherheit und die Preisstabilität weiter gewährleistet sind. Strom muss auch in Zukunft erschwinglich bleiben.«

Offener Brief von westflämischen Priestern
Missbrauchfall: Danneels räumt Fehler ein

Kardinal Godfried Danneels hat fast fünf Monate nach dem Rücktritt des ehemaligen Bischofs von Brügge, Roger Vangheluwe, Fehler eingeräumt. In einem Interview mit der Zeitschrift »Knack« meinte er, dass er Vangheluwe früher zum einem Rücktritt habe auffordern müssen. »Es vergeht keine Minute, in der ich nicht an die Tragödie denke, die das Missbrauchssopfer durchmachen musste.« Allerdings habe er den Missbrauchfall niemals vertuschen wollen. Früher oder später hätte er ohnehin den Schritt an die Öffentlichkeit gewagt. In einem offenem Schreiben von westflämischen Priestern, das in flämischen

Zeitungen veröffentlicht wurde, war Danneels am Dienstag dazu aufgefordert worden, öffentlich einzugestehen, dass er Fehler gemacht habe. Dies könnte außerhalb der Kirche als starkes Signal gewertet werden und helfe dabei, neues Vertrauen zu schaffen, hieß es. Verschiedene Tageszeitungen hatten ein Gespräch zwischen Danneels und dem Missbrauchssopfer des ehemaligen Brügger Bischofs im Wortlaut abgedruckt. In der Unterredung hatte der Kardinal nach Ansicht der beiden Zeitungen versucht, den Mann, der jahrelang von Vangheluwe sexuell missbraucht wurde, zum Schweigen zu bringen.

In Ziegen- und Schafbetrieben

Pflichtpasteurisierung ist laut Ecolo der falsche Weg

Bei eventuellen Fällen des Q-Fiebers in einem Betrieb möchte die Föderalagentur für die Sicherheit der Nahrungsmittelkette (Fasnk) Ziegen- und Schafbetrieben, die Rohmilch herstellen, zur Pasteurisierung ihrer Milch verpflichten. In einer Pressemitteilung zweifelt Ecolo jedoch an der Wirksamkeit dieser Maßnahme. Sie werde dem Infektionsrisiko des Menschen von Q-Fieber nicht gerecht und

könne zudem den Ruin von handwerklichen Käseherstellern verursachen. Laut Ecolo sind die von der Föderalagentur angeführten medizinischen Gründe für die auferlegte Pasteurisierung wissenschaftlich nicht haltbar. Schlimmer noch: Die vorgesehene Maßnahme könne sogar das Infektionsrisiko von Milchprodukten erhöhen, da die Pasteurisierung deren natürliche Flora zerstöre.

Sollte Belgien wie Deutschland Laufzeiten der Atommeiler verlängern?

Des Pudels Kernenergie

■ Von Boris Cremer

»Das also war des Pudels Kern«, erkannte Goethes Faust, als sich der Schoßhund als Mephistopheles herausstellte. Europa fragt sich derzeit, ob die Atomkraft des Pudels (Kern)Energie ist, oder ob man am ursprünglich anvisierten Atomausstieg festhalten sollte.

Die deutsche Regierung hat Anfang der Woche beschlossen, die Laufzeiten der 17 deutschen Atommeiler zu verlängern. Die Gnadenfrist beträgt im Schnitt zwölf Jahre. Das am 22. April 2002 in Kraft getretene »Gesetz zur geordneten Beendigung der Kernenergienutzung zur gewerblichen Erzeugung von Elektrizität« wird entsprechend gelockert.

Dass ausgerechnet Deutschland für die Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken optiert, lässt aufhorchen. Denn in der benachbarten Bundesrepublik ist der Anteil der Kernenergie an der gesamten Stromproduktion mit 26 Prozent deutlich geringer als in Belgien, das mehr als die Hälfte seines Stroms (55%) in den Atomreaktoren von Doel und Tihange herstellt.

Die sieben belgischen Kernkraftwerke sollen nach aktueller Gesetzeslage im Jahr 2015

(Doel 1 und 2, Tihange 1) bzw. 2025 (Doel 3 und 4, Tihange 2 und 3) abgeschaltet werden - jeweils nach 40 Jahren Laufzeit. Ende 2009 vereinbarten aber Energieminister Paul Magnette (PS) und der damalige Premier Herman Van Rompuy (CD&V) mit dem Energieriesen Electrabel, die drei ältesten Reaktoren ebenfalls bis 2025 in Betrieb zu halten. Im Gegenzug sollte Electrabel jährlich 215 bis 245 Millionen Euro an den Staat zahlen.

Haushalt sanieren

Weil aber in der Zwischenzeit die Föderalregierung gestürzt ist, konnte der Deal noch nicht gesetzlich verankert werden. Wenn es nach dem flämischen Wahlsieger, der N-VA, geht, wird das aber nachgeholt, sobald die neue Regierung ihre Arbeit aufnimmt. »Die Diskussion über den Atomausstieg ist eigentlich sehr simpel: Es gibt derzeit keine Alternative, die ähnlich preiswert ist und eine ausreichende Versorgungssicherheit bietet«, erklärte die N-VA-Energiespezialistin Liesbeth Homans gegenüber der Tageszeitung »De Standaard«. Auch die CD&V befürwortet den Aufschub des Ausstiegs, nicht zuletzt aus finanziellen Gesichtspunkten, schließlich muss der Föderalstaat in den nächsten Jahren 25 Milliarden Euro einsparen, und da kommen die jährlichen knapp 250

Millionen von Electrabel gerade recht.

Doch nicht alle potenziellen Koalitionspartner stehen der Laufzeitverlängerung so positiv gegenüber wie N-VA und CD&V. Die flämischen Sozialisten beispielsweise befürchten, dass dadurch die Quasi-Monopolstellung des Electrabel-Mutterhauses GDF Suez zusätzlich gestärkt wird.

»Um ein Atomkraftwerk zu ersetzen, werden zigtausende Windräder benötigt. In den USA mag das gehen, aber in einem dicht besiedelten Land wie Belgien sehe ich da Probleme.«

Katrin Jadin, PFF-MR

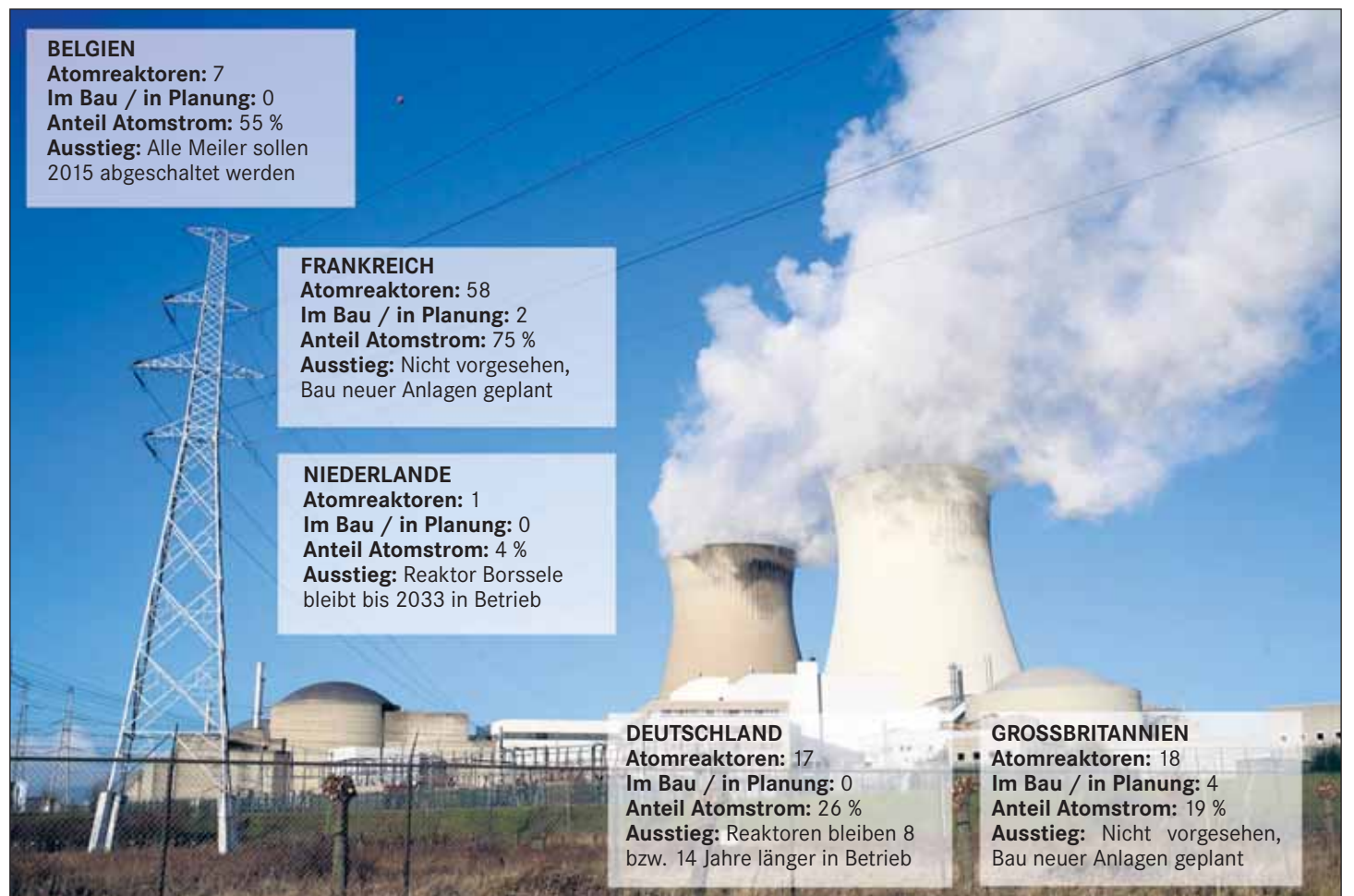
Mitentscheidend könnte sein, ob die Grünen (Ecolo und Groen!) in die neue Regierung rücken werden. Für sie ist das Festhalten am 2003 gesetzlich beschlossenen Atomausstieg ab 2015 eine Priorität. Ein überwindbares Hindernis, das machte Groen!-Präsident Wouter Van Besien unlängst klar, sei er aber nicht. Offensichtlich wollen sich die Grünen vor dem Beginn der eigentlichen Regierungsverhandlungen nicht selber disqualifizieren.

Wer über den Ausstieg aus der Atomenergie spricht, muss

zwangsläufig über mögliche Alternativen diskutieren. Klar, umweltfreundliche Energien sind wünschenswert. Aber reichen sie aus, um bereits ab 2015 einen nicht unbedeutenden Teil der Kernenergie zu ersetzen? Ja, meint Ecolo. »Angesichts der laufenden Projekte zur alternativen Stromherstellung wird die für 2015 vorgesehene Abschaltung der drei ältesten belgischen Atomkraftwerke keine Versorgungsengpässe hervorrufen«, heißt es auf der Ecolo-Website.

Forschung

Falsch, kontert u. a. die liberale Kammerabgeordnete Katrin Jadin. Sie ist davon überzeugt, dass es im Falle eines Ausstiegs ab 2015 zu einem Nachschubproblem kommen würde, was empfindliche Preissteigerungen zur Folge hätte. Jadin gibt zu Bedenken, dass nicht jede alternative Energiequelle für Belgien geeignet ist. »Um ein Atomkraftwerk zu ersetzen, werden zigtausende Windräder benötigt. In den USA mag das gehen, aber in einem dicht besiedelten Land wie Belgien sehe ich da Probleme.« Sie plädiert deshalb bereits seit längerem dafür, mehr Geld in die Erforschung von erneuerbaren Energieressourcen zu stecken. »So könnte man Stromquellen finden, die besser zu den belgischen Gegebenheiten passen«, so Jadin.



Heute, morgen oder doch lieber übermorgen? Belgien und seine Nachbarländer hadern mit dem Atomausstieg.

Effiziente Kombikraftwerke sind der (fossile) Schlüssel zum Atomausstieg

Gas und Dampf als kongeniales Duo

Weil Windparks, großflächige Photovoltaikanlagen, Biogazentralen und andere grüne Energiequellen nicht von heute auf morgen entstehen können, setzen die Stromkonzerne auf klassische Kraftwerke, die aber technisch derart ausgefeilt sind, dass sie einen besonderen Wirkungsgrad erreichen.

60% Wirkungsgrad

Durch die Optimierung der Abläufe wird eine möglichst große Menge Strom aus den verwendeten fossilen Brennstoffen (Kohle, Öl, Gas,...) ge-

wonnen. Zudem wird versucht, die bei der Stromproduktion entstehende Wärme zu nutzen (Kraft-Wärme-Kopplung). Ein Paradebeispiel für besonders effiziente konventionelle Elektrizitätsanlagen sind die so genannten GuD-Kraftwerke (Gas- und Dampf-Kombikraftwerke). Hierbei werden die Techniken von Gasturbinen- und Dampfkraftwerken kombiniert. Auf diese Weise werden Wirkungsgrade von bis zu 60 Prozent erzielt. Herkömmliche Kraftwerke kommen auf 30 bis 40 Prozent. Das Ergebnis: Mit der gleichen Menge Gas oder Erdöl

wird eine höhere Stromproduktion erreicht, oder anders ausgedrückt: Für die gleiche Anzahl Kilowattstunden Strom werden weniger Tonnen CO₂ ausgestoßen.

Anlagen in Planung

Gas- und Dampf-Kombikraftwerke und andere hocheffiziente Produktionsanlagen gelten als Schlüssel beim Ausstieg aus der Atomenergie, sind sie doch in der Lage, vergleichsweise preiswert eine große Menge Energie zu produzieren. In Belgien wurden erste Gas- und Dampf-Kombikraft-

werke in den 90er Jahren installiert (u. a. in Seraing und Saint-Ghislain). Derzeit sind eine Reihe weiterer Anlagen in Planung, weil die großen Energiekonzerne das Ende der Atomkraft vorbereiten. So will der niederländische Hersteller Nuon, der zum Vattenfall-Konzern gehört, in eine 400-Megawatt-Anlage (Strom für ca. 700 000 Haushalte) in Senefte (Provinz Hennegau) installieren, weitere GuD-Kraftwerke sind u. a. in Farciennes (Dufferco), Beveren (Delta), Genk (Essent), Visé (SPE-Luminus) und Beringen (Eneco) geplant. (hoc)